

SoVD fordert Abschaffung der Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten

Stabilität für Verbesserungen nutzen

In der letzten Ausgabe (SoVD-Zeitung 2/2014, Seite 1-2) haben wir über die geplanten Verbesserungen im Bereich Rente berichtet. Dabei hat der SoVD eindeutig Stellung bezogen und es begrüßt, dass langjährige Forderungen des Verbandes von der Politik endlich aufgegriffen werden. Einige Mitglieder zeigten sich dennoch enttäuscht. Sie kritisieren zu Recht die weiterhin bestehenden Ungerechtigkeiten. Auf deren Beseitigung wird der SoVD natürlich auch weiterhin drängen. Denn eines ist klar: Die Reform kann nur ein erster Schritt sein.

Jahrelang drehte sich die Diskussion im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung fast ausschließlich um ein Thema, nämlich um die Höhe des Beitragssatzes. Dieser sollte wie es schien um jeden Preis stabil gehalten werden. Ein Grund hierfür war die Sorge der Arbeitgeber vor steigenden Lohnnebenkosten. In der Folge wurde das Rentenniveau wiederholt abgesenkt. Dies führte dazu, dass eine gesetzliche Rente allein heute nicht mehr reicht, um den Lebensstandard im Alter zu sichern.

Befürchtungen haben sich nicht erfüllt

Bei der Rentenreform vor zehn Jahren ging man davon aus, dass der Beitragssatz im Jahr 2015 bereits bei 19,6 Prozent liegen würde. Diese Befürchtungen haben sich jedoch nicht erfüllt, aktuell beträgt er gerade einmal 18,9 Prozent. Auf diesem Niveau soll er nun stabilisiert werden. Das sieht unter anderem ein Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD vor. Ein Vorhaben, das vonseiten des

SoVD ausdrücklich unterstützt wird. Denn durch einen nicht weiter sinkenden Beitragssatz würde sichergestellt, dass der Rentenversicherung dringend benötigte Finanzmittel zur Verfügung stünden.

Leistungsverbesserungen sachgerecht finanzieren

Diese zusätzlichen Beitragseinnahmen müssten aus Sicht des SoVD jedoch sachgerecht verwendet werden. Dringend angebracht wäre beispielsweise eine Abschaffung der Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten. Auf diese Weise würden nicht nur künftige Empfänger von einer Leistungsverbesserung in diesem Bereich profitieren, sondern auch diejenigen, die bereits eine entsprechende Rente erhalten. Denn gerade erwerbsgeminderte Menschen sind in hohem Maße von Altersarmut betroffen.

Mütterrente als Aufgabe der ganzen Gesellschaft

Auch die für den Bereich Rehabilitation bereitgestellten Mittel könnten entsprechend angehoben und bedarfsgerecht ausgestaltet werden. Anders verhält es sich bei der sogenannten Mütterrente. Eine bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten sollte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuermitteln finanziert werden.

Zudem haben viele SoVD-Mitglieder mit Verärgerung darauf reagiert, dass weiterhin Unterschiede bestehen zwischen Müttern, die ihre Kinder vor bzw. nach 1992 zur Welt

gebracht haben (siehe Bericht auf dieser Seite). Diese und weitere Ungerechtigkeiten gilt es zu korrigieren.

Obergeordnetes Ziel muss dabei eine Anhebung des Rentenniveaus sein. Nur über einen Lebensstandard der Menschen auch wirklich sichernde Rente lässt sich die Gefahr von Altersarmut in den Griff bekommen.



Fotos: Claudia Paulussen; Jag_cz/fotolia

Wie in der Natur spielt Nachhaltigkeit auch bei der Rente eine entscheidende Rolle. Leistungsverbesserungen sollten darauf ausgerichtet sein, Armut im Alter zu verhindern.

Trotz mancher Verbesserungen bleiben Ungerechtigkeiten bestehen

Kritik der SoVD-Mitglieder an Rentenplänen

Die Bundesregierung plant Leistungsverbesserungen im Bereich Erwerbsminderung oder bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Trotzdem bleiben einige Betroffene außen vor. Das hat bei einigen SoVD-Mitgliedern zu Enttäuschung und zu Verärgerung geführt. Auch die SoVD-Zeitung wurde kritisiert, sie würde die Rentenreform insgesamt zu positiv darstellen. Wir drucken einige der Zuschriften, die uns erreicht haben an dieser Stelle in Auszügen ab.



Burkhard Malotke (Mosbach) ist unzufrieden mit der Politik, aber auch mit dem entsprechenden Bericht in der SoVD-Zeitung:

Dass die solidarische Rentenversicherung belastet wird



Auch im SoVD-Magazin war die Rentenreform der Bundesregierung ein Thema.

mit Leistungen, die eigentlich steuerfinanziert sein müssten, gerät in den Hintergrund. Im Vordergrund stehen in den SoVD-Statements Lobhudelei für eine unsoziale Politik (...) Wer immer sich mit Finanzierungsvorbehalt in Haushaltsentscheidungen beschäftigt hat und dabei die kontraproduktive „Schuldenbremse“ einkalkuliert, sieht mit geschlossenen Augen deutlich was vermutlich „realisiert“ wird, nämlich Nichts!

Das SoVD-Mitglied Lothar Barendt (Munkbrarup) kritisiert, dass die Bezieher einer Erwerbsminderungsrente ungleich behandelt werden:

In Ihrem Bericht ist unter „Was ist geplant?“ zu lesen, dass man bei Erwerbsminderungsrentnern/-rentnerinnen,

die schon eine Rente beziehen, keine Anpassung vornehmen wird. Frau Nahles (...) sollte bekannt sein dass es im BVG einen Paragraphen über die Gleichbehandlung gibt. Diese scheint es in unserer Politik aber nicht zu geben. (...) Ich danke dem SoVD, dass etwas erreicht worden ist, aber es tun mir alle EU-Renter/-Rentnerinnen arg Leid.

Irmlinde Löchner (Garbsen) schreibt, auch sie habe kein Verständnis für die Ungleichbehandlung der Bezieher einer Erwerbsminderungsrente. Auch die Verbesserung bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten sieht die zweifache Mutter zwiespältig:

Es ist sicher ein großer Erfolg, dass nun auch Kindererziehung für die vor 1992 gebo-

renen Kinder anerkannt wird. Aber davon zu schreiben, dass sich die bisherige Schlechterbehandlung bei der Rentenzuerkennung ändern soll, ist sicher sehr positiv formuliert.

Die Neuregelung umfasst einen Rentenpunkt pro Kind und manifestiert letztlich trotz aller Jubelschreie auch weiterhin eine deutlich schlechtere Behandlung der Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden.

Haben auch Sie sich über die Rentenpläne der Bundesregierung geärgert? Wir können zwar nicht jede Zuschrift veröffentlichten, freuen uns aber in jedem Fall über Ihre Meinung. Schreiben Sie uns an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin oder per E-Mail: redaktion@sovd.de.

Als maßgebliche Organisation bringt der SoVD seine Konzepte in die politische Diskussion ein. Die Forderungen und Vorschläge des SoVD für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente finden Sie in der gleichnamigen Broschüre. Besuchen Sie hierfür einfach die Homepage www.sovd.de und klicken Sie im Menü auf den Eintrag „Rente“!

